



Presseinformation

Es gilt das gesprochene Wort!

Sperrfrist Redebeginn

Nr. 217 / 2014

Kiel, Donnerstag, 15. Mai 2014

Hochschule / Lehrerbildung

Christopher Vogt: Die Landesregierung muss einen Neustart bei der Reform der Lehrerausbildung und ein geordnetes parlamentarisches Verfahren ermöglichen

In seiner Rede zu TOP 9, 24, 30 und 33 (Lehrerbildung) erklärt der Stellvertretende Vorsitzende und hochschulpolitische Sprecher der FDP-Landtagsfraktion, **Christopher Vogt**:

„Trotz der unterschiedlichen Meinungen und der turbulenten Diskussionen ist völlig unumstritten, dass die Lehrerausbildung in Schleswig-Holstein reformiert werden muss. Sie muss an das bestehende Schulsystem mit den veränderten Gegebenheiten und Herausforderungen angepasst werden. Sie darf jedoch nicht dazu genutzt werden, um durch die Hintertür Schulstrukturpolitik oder auch um Regionalpolitik zu betreiben – leider versucht diese Landesregierung genau das.“

Der designierte Präsident der Kieler Christian-Albrechts-Universität, Herr Prof. Kipp, hat sich vor Kurzem in einem Zeitungsinterview zu den bisherigen Plänen der Landesregierung zur Neuordnung der Lehrerausbildung geäußert. Für einen Physiker wenig überraschend, analysierte er nüchtern und glasklar, welche Bedeutung die Lehrerbildung für unser Bildungssystem hat. Er wurde zitiert mit den Worten:

„Die Lehrerbildung ist (...) das Schlüsselement in unserem Bildungssystem. Wenn die Lehrerbildung nicht funktioniert, würde das gesamte Bildungssystem zusammenbrechen: Schlecht ausgebildete Lehrer würden Schüler schlecht ausbilden, die wieder schlecht ausgebildet an die Hochschulen bzw. in die Berufsausbildung kommen. Würde man jetzt an irgendeiner Stelle versagen, würde dies zu einer Katastrophe führen.“

Wolfgang Kubicki, MdL
Vorsitzender

Christopher Vogt, MdL
Stellvertretender Vorsitzender

Dr. Heiner Garg, MdL
Parlamentarischer Geschäftsführer

Leider hat die Landesregierung nicht nur an einer Stelle in ihrem Gesetzentwurf zur Neuordnung der Lehramtsausbildung versagt, sondern nahezu auf ganzer Linie. Nicht nur Ministerin Wende, auch der Ministerpräsident und die Finanzministerin tragen die Verantwortung für diesen Scherbenhaufen. Das bisherige Verfahren hat nicht nur dem Hochschulstandort Schleswig-Holstein geschadet, es ist eine Zumutung für die angehenden Lehramtsstudenten und ein Affront gegenüber dem Parlament und den bereits angeschriebenen Anzuhörenden. Auch wenn es angesichts der Umstände nicht ganz leicht fällt, hier heute über die Inhalte zu debattieren, sollten wir es im Sinne der wichtigen Sache dennoch versuchen. Ich kann die Landesregierung und die Koalitionsfraktionen an dieser Stelle vor Schnellschüssen nur warnen! Ermöglichen Sie einen Neustart und lassen Sie uns zu einem geordneten parlamentarischen Verfahren zurückkehren!

Im Gesetzentwurf der Landesregierung liest man beim Punkt Alternativen: ‚Keine.‘ Dies hat die Ministerin jedoch bereits durch ihr eigenes Handeln in den letzten Tagen selbst widerlegt. Natürlich gibt es Alternativen zum vorgelegten Gesetzentwurf und es ist auch dringend notwendig, dass diese diskutiert werden. Daran ändert auch der mit den beiden Universitäten am Dienstag getroffene Kompromiss nicht allzu viel.

Es ist zwar positiv zu sehen, dass die beiden Universitäten wieder miteinander reden, aber die zentralen Probleme bleiben. Die Koalitionsfraktionen haben am Dienstag ja erklärt, dass sie für den Ausbau in Flensburg noch einmal eine Million Euro drauflegen müssen, obwohl die Ministerin die bisherigen Zahlen im Ausschuss – wie ja auch schon gemeinsam mit dem Ministerpräsidenten vor dem Landtag – erneut mit Vehemenz verteidigt hatte und obwohl die vergleichsweise teuren Laborfächer Physik und Chemie jetzt gar nicht mehr ausgebaut werden sollen. Dies zeigt, wie unseriös die im Gesetzentwurf der Landesregierung vorgesehenen Zahlen sind. Wer soll die neuen Zahlen glauben, wenn es noch immer keine Berechnungen dazu gibt? Es ist wirklich – um das Wort ‚skandalös‘ zu vermeiden – bemerkenswert, dass die Koalitionsfraktionen mal eben so auf die Expertise der Hochschulabteilung des Ministeriums zurückgreifen und so den Job der Landesregierung erledigen. Gutes Regieren sieht anders aus.

Ich frage mich auch, was nun aus dem angeblich so dringend benötigten Ausbau der MINT-Kapazitäten in Flensburg geworden ist. Das war doch im April der Kern der Rede des Ministerpräsidenten. Hat dies nun keine Bedeutung mehr? Oder ging es doch allein um die Frage der Anerkennung der Abschlüsse? Die gestern verkündete Einigung mit dem Ausbau nur einiger weniger Fächer in Flensburg auf das Niveau der Sekundarstufe II löst dieses elementare Problem nicht. Das war doch offenbar der entscheidende Grund, weshalb der Ministerpräsident den Gesetzentwurf – trotz einer anderen Absprache mit den Universitäten – hat ändern lassen. Jetzt sind Sie beinahe wieder zum Ausgangspunkt zurückgekehrt, ohne eine überzeugende Lösung für das Anerkennungsproblem vorweisen zu können.

Es dürfen keine Studenten in einen Studiengang mit Abschlüssen geschickt werden, die am Ende nicht als Lehrer anerkannt werden. So etwas darf es nicht geben. So sollte man nicht mit der beruflichen Perspektive junger Menschen umgehen, die in unserem Land Kinder unterrichten wollen. Hinzu kommt: Sie wollen weiterhin unnötige Doppelstrukturen schaffen, die Umsetzung des geplanten Praxissemesters ist weiterhin völlig unklar und die zukünftige Besoldungsstruktur wollen Sie weiterhin ausblenden. Die Ministerin hat uns im Ausschuss erklärt, dass es hierüber immerhin erste Gespräche mit der Gewerkschaft GEW geben würde, die dies allerdings öffentlich dementiert. All das zeigt, dass der Gesetzentwurf der Landesregierung nach wie vor nicht beratungsfähig ist.

Die FDP-Fraktion hat mit ihrem Gesetzentwurf eine klare Alternative zu den Plänen der Landesregierung vorgelegt. Ich gehe natürlich davon aus, dass sich alle Abgeordneten bereits intensiv damit befasst haben, ich möchte dies dennoch gern anhand von sechs Punkten darstellen:

Punkt 1: Nach unserem Entwurf sollen sich die Lehramtsstudiengänge an den bestehenden Schularten orientieren. Es bestehen unterschiedliche Anforderungen an die Lehrkräfte an den einzelnen Schularten, was sich auch in der Ausbildung widerspiegeln sollte. Im Gegensatz zum Entwurf der Landesregierung wollen wir das Lehrerbildungsgesetz nicht nutzen, um damit Schulstrukturpolitik zu betreiben und bereits die nächste Schulreform vorzubereiten. Wir wollen keine weitere Aushöhlung der Gymnasien.

Punkt 2: Unser Vorschlag vermeidet teure und völlig unnötige Doppelstrukturen und spielt die Universitäten nicht gegeneinander aus. Gemeinschaftsschullehrer, Grundschullehrer und Sonderpädagogen sollen in Flensburg, Gymnasiallehrer in Kiel und Berufsschullehrer sollen entsprechend der bisherigen Aufteilung an beiden Standorten ausgebildet werden. Die Uni Kiel hat aus unserer Sicht zu Recht die Frage gestellt, welchen bildungspolitischen Sinn es haben soll, Doppelstrukturen aufzubauen, wenn die Schülerzahlen in den nächsten Jahren zurückgehen und die Landesregierung die Zahl der Referendariatsplätze bereits reduziert hat. Die Ministerin hat darauf im Ausschuss keine Antwort geben können. Anstatt in überflüssige Quantität sollte das Land in die Qualität der Ausbildung investieren. Das ist im Übrigen auch im Sinne Flensburgs. Was wird denn passieren, wenn Kiel den gesamten Fächerkanon anbietet und zudem noch den Vorteil hat, als Volluniversität alle Fachbereiche vertieft anbieten zu können. In Flensburg wird nicht das komplette Angebot gemacht und viele Studiengänge werden sich noch über Jahre im Aufbau befinden. Was werden die Studierenden im Zweifel machen? Ich befürchte, sie werden mit den Füßen abstimmen. All das lässt sich vermeiden, wenn man am Schularterbezug festhält und auch an der bisherigen Aufteilung der Lehrämter zwischen den Universitäten.

Punkt 3: Deutsch und Mathematik sind die beiden zentralen Fächer im Grundschulbereich. Bundesländer, die verpflichtende Teile für Mathematik und Deutsch in das Studium für alle Lehrer integriert haben, schneiden bei entsprechenden Vergleichen deutlich besser ab. Hier geht auch der Regierungsentwurf in die richtige Richtung. Da meine Fraktion beide Fächer jedoch für so zentral hält, um sich alles weitere Wissen überhaupt erschließen zu können, wollen wir hier noch einen Schritt weiter gehen. Wir schlagen vor, dass Grundschullehrer zukünftig entweder Deutsch oder Mathematik wählen müssen.

Ein weiterer Punkt, der sehr zentral für die Studierenden und die Schulen ist, ist das Thema Praxisanteil im Studium. Es ist absolut richtig, dass der Praxisanteil im Studium erhöht werden muss. Jedoch sind die Planungen der Landesregierung mit dem Praxissemester völlig realitätsfern. Wir schlagen stattdessen die Einführung eines verpflichtenden Orientierungspraktikums vor, welches entweder vor der Aufnahme des Studiums oder direkt am Beginn des Studiums durchzuführen ist. Weiterhin sind zwei weitere Praktika verpflichtend. So wird ein vernünftiger Praxisbezug sichergestellt, ohne dass die Probleme des Praxissemesters entstehen. Das von der Landesregierung vorgeschlagene Praxissemester ist organisatorisch für die Studierenden kaum umzusetzen. Auch nutzt die Landesregierung das Praxissemester als reines Sparmodell, um für diese Zeit den Universitäten keine Mittel für Lehrveranstaltungen bereitstellen zu müssen. Unglaublich ist auch, dass die Koalition, die immer von ‚guter Arbeit‘ spricht, den Studenten, die dann ja bereits einen Bachelor-Abschluss hätten, eine Bezahlung vorenthalten will.

Punkt 5: Ja, die FDP will das Staatsexamen wieder einführen. Ich freue mich schon auf den Retro-Vorwurf, den wir gleich hören werden, aber dies ist aus unserer Sicht der richtige Abschluss für das Lehramt, denn so wird ein Studium ‚aus einem Guss‘ ermöglicht. Nach unserer Vorstellung sollen die Studiengänge auch beim Staatsexamen modularisiert bleiben, so dass die Universitäten ihre Ressourcen sinnvoll nutzen können. Mit Schleswig-Holstein würde dann im Übrigen die Mehrheit der Bundesländer das Staatsexamen als Studienabschluss beim Lehramt vorsehen.

Das bringt mich zu meinem sechsten und damit letzten Punkt: Die Auswirkung auf die Besoldungsstruktur. Die Leichtfertigkeit, mit der diese Landesregierung die Besoldungsproblematik abtut, ist wirklich atemberaubend. Auch in der letzten Sitzung des Bildungsausschusses konnte die Ministerin keine Antwort auf die besoldungsrechtlichen Folgen geben. Wenn Lehrer die gleichen Studienleistungen erbracht haben, müssen sie auch gleich bezahlt werden. Wir weisen auf dieses Problem seit über einem Jahr hin und die Landesregierung verweist lediglich darauf, dass man sich nach Verabschiedung des Gesetzes darum kümmern wolle. Das ist absolut fahrlässig. Auch hier muss man sich fragen, was macht eigentlich die Finanzministerin? Es geht hier ja immerhin um zweistellige Millionenbeträge pro Jahr. Das wird eine Zeitbombe für den Landeshaushalt. Das kann der Finanz-

ministerin doch nicht egal sein. Unser Gesetzentwurf ist auch an dieser Stelle unproblematisch.

Ich fordere die Landesregierung auf, einen Neustart bei der Reform der Lehrerbildung und damit ein geordnetes parlamentarisches Verfahren zu ermöglichen. Ich werbe daher um Zustimmung zum gemeinsamen Antrag der Oppositionsfraktionen und bitte um Überweisung unseres Gesetzentwurfes in den Bildungsausschuss zur weiteren Beratung.“